

**Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil**

---

**Institut für Soziologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz**

Hambacher Disput 29.9.2007: „Was hält die Gesellschaft zusammen? Freiheit und/oder Solidarität?“

**ortrag:**

**„Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Bundesrepublik.  
Zur Lage und Funktion der gesellschaftlichen Mitte“**

**Gliederung:**

---

1. **Die Mechanismen des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden schwächer.**
  
2. **Inwiefern können Solidarität und Freiheit Bindeglieder der Gesellschaft sein?**
  
3. **Aufstiegchancen: Auch dieser Kitt bröckelt.**
  
4. **Was ist zu tun?**

## 1. Die Mechanismen des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden schwächer.

---

Gesellschaft ist mehr als die Summe von uns Einzelwesen. Gesellschaft ist auch mehr als unsere vielen Einzelbeziehungen in Familie, Arbeitsleben und Freizeit. Gesellschaft ist ein Ganzes. Wir fühlen uns ihr zugehörig. Das Gefühl der Gesellschaft Deutschlands anzugehören, verleiht uns ein gutes Stück unserer sozialen Identität. Das hat auch eine offizielle Seite: Die Mitgliedschaft zu einer Gesellschaft wird auch amtlich registriert, zum Beispiel in einem Pass.

Was aber ist es, das eine Gesellschaft zusammen hält?

Bei näherem Hinsehen bemerkt man, dass durchaus unterschiedliche Bindeglieder in der Lage sein können, eine Gesellschaft zusammen zu halten. Sie *können* eine Gesellschaft zusammenhalten, sie *müssen* es aber nicht. Das kommt darauf an, in welchem Zustand sich diese Mechanismen des gesellschaftlichen Zusammenhalts befinden.

Seit alters her wurden Gesellschaften durch eine gemeinsame Sprache, Religion und Tradition, also durch eine gemeinsame Kultur geeint. - Untersucht man jedoch den heutigen Zustand dieser Bindeglieder, so wird man feststellen, dass in Deutschland – und in modernen Gesellschaft überhaupt – eine gemeinsame Kultur immer weniger festgestellt werden kann. Zuwanderer sprechen türkisch, Wissenschaftler schreiben englisch, es leben ca. 3 Mio. Muslime in Deutschland, die Lebensstile der Menschen unterscheiden sich mittlerweile so weit, dass von Gemeinsamkeit kaum noch die Rede sein kann. Wie sehr die Kultur auseinanderdriftet, zeigt sich auch in der politischen Debatte um die Integration von Zuwanderern: Was der Inhalt einer „deutschen Leitkultur“ genau sein soll, können nicht einmal ihre Verfechter sagen.

Angesichts kultureller Vielgestaltigkeit liegt eine bescheidenere Art der Integration nahe, die zum Beispiel die Europäische Union verfolgt: Moderne plurale Gesellschaften reduzieren ihre Bindeglieder auf moralische Mindeststandards: Wer dazu gehören will, kann jede gewünschte Sprache sprechen, kann zu dem Gott beten, an den er glaubt, wesentlich ist nur, dass er sich auf den Kodex der Menschenrechte und auf die Menschenwürde verpflichtet. – Aber auch dieses Band kann unsere Gesellschaft nicht wirklich einen. Es schafft manche Konflikte: So sind zum Beispiel die Burka und die Stellung der Frau in vielen muslimischen Familien Anzeichen dafür, dass „westliche“ Standards von Menschenrechten und Menschenwürde durchaus auf Widerstand stoßen.

Daher ziehen sich manche Regierungen und gesellschaftlichen Kräfte noch weiter zurück. Angesichts der inneren Verschiedenartigkeit moderner Gesellschaften arbeiten sie darauf hin, den Zusammenhalt durch ständige Regelung von Konflikten und durch ständige Bemühungen um Kommunikation zwischen Andersartigen zu leisten. – Ob das langfristig eine Gesellschaft eint, wird oft bezweifelt: Man kann permanente Konfliktregelung und Kommunikationsbemühung auch als Sisyphusarbeit und Konzeptionslosigkeit bezeichnen.

Fazit: Viele herkömmlichen Bindeglieder moderner Gesellschaften werden schwächer. Zusammenhalt wird zum knappen Gut. Deshalb wird das Dazu-Gehören, neuhochdeutsch „Inklusion“ genannt, zum hohen Wert. (Denn Werte entstehen immer dann, wenn etwas vermisst wird.) Das zeigt sich an folgendem Beispiel: Während noch vor 30 Jahren Menschen in Nichteheleichen Lebensgemeinschaften und gleich geschlechtlichen Lebenspartnerschaften „alternative“ Lebensformen pflegten, anders als die meisten sein und im Grunde „raus“ aus der Gesellschaft wollten, kämpfen sie heute um Legalisierung und rechtliche Gleichstellung. Sie wollen also „rein“ in die Gesellschaft.

Der herkömmliche Zusammenhalt unserer Gesellschaft schwindet also. Manche werden das begrüßen und als Befreiung von Einengungen darstellen. Gesellschaftliche Vielfalt und die Erosion von Bindegliedern eröffnen aber – darauf muss man als Sozialwissenschaftler schon aufmerksam machen – keineswegs nur eine bunte Spielwiese. Das fördert Desintegrationstendenzen, vermehrt Anomie, Vorurteile und Konflikte. Das kann uns nicht gleichgültig sein.

## **2. Inwiefern können Solidarität und Freiheit Bindeglieder der Gesellschaft sein?**

---

Da die bisher genannten Bande des Zusammenhalts immer schwächer werden, ist es verständlich, wenn sich die Erwartungen der Bürger zunehmend darauf richten, dass politische Instanzen die Gesellschaft zusammen halten, indem sie „soziale Gerechtigkeit“ schaffen. Die Empfindung, in einer „gerecht“ geordneten Gesellschaft zu leben, kann eine Gesellschaft sehr wohl einen.

Aber: Unter „Sozialer Gerechtigkeit“ verstehen die Menschen sehr Unterschiedliches. Zwei der Verständnisse sind hier besonders wichtig:

Zum einen gilt vielen Menschen eine Gesellschaft als „gerecht“, in der sozialstaatliche Instanzen die *Solidarität* der Menschen stärken und nutzen, in der deshalb der Wohlfahrtsstaat die Lebensbedingungen und Ressourcen der Menschen angleicht sowie Risiken absichert. Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist hier das „Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Personen, die, trotz Differenzen, ihre Interessenlage und Ziele als gleich verstehen, aber ungleich beeinträchtigt stehen, woraus der Anspruch bzw. die freiwillige Verpflichtung einseitiger Unterstützung erwächst, gekoppelt mit dem Anspruch auf bzw. der Verpflichtung zur Unterstützung von der anderen Seite, sofern die Situation sich verkehrt“ (Hondrich / Koch-Arzberger 1992: 14). So die Definition von Solidarität des kürzlich verstorbenen Frankfurter Kollegen Karl Otto Hondrich. Aus dieser Sicht gilt eine Gesellschaft als „gerecht“, in der ein Höchstmaß an sozialer Gleichheit und sozialer Sicherheit herrscht.

Zum ändern streben viele Menschen eine Gesellschaft an, in der sie ein Höchstmaß an *Freiheit* haben. Sie verstehen Freiheit einerseits negativ, als Freiheit von Zwängen und Reglementierungen, also als Freiheit, handeln zu können („Freiheit *von*“). Sie verstehen Freiheit andererseits positiv, als Freiheit, die eigenen Absichten konsequent verfolgen zu können („Freiheit *zu*“).

Im sozialpolitischen Sinne als „gerecht“ und dem Zusammenhalt als förderlich gilt freiheitsorientierten Menschen eine Gesellschaft dann, wenn alle Menschen die ihnen eigenen Potenziale weit möglichst entwickeln können („Chancengleichheit“) und dann ihrer Leistung gemäß be- und entlohnt werden („Leistungsgerechtigkeit“).

Im Unterschied zur vorigen Position, wo Gerechtigkeit Verteilungsgleichheit heißt, gilt hier eine Gesellschaft als „gerecht“, die die Einzelnen zwar fördert, dann aber durchaus *ungleiche* Belohnungen austeilte, nämlich im Maße der individuellen Leistung.

Offensichtlich sind also die beiden Strategien nicht ohne weiteres zu verschmelzen. Denn sie stehen inhaltlich im Widerspruch. Auch wäre keine der beiden gesellschaftlichen und politischen Gerechtigkeitsstrategien *alleine* – weder die solidarische noch die freiheitliche – in der Lage, die Menschen in Gesellschaft zusammen zu halten. Die historische Erfahrung hat gezeigt, dass ausschließlich auf Solidarität, Gleichheit und Sicherheit gegründete Gesellschaften langfristig zu wenig Leistungsmotivation hervorbringen und daher letzten Endes außer Mangel nicht mehr viel haben, das gleich verteilt werden könnte. Eine ausschließlich auf Leistungsentwicklung und Leistungsbelohnung beruhende Gesellschaft dagegen zerfällt in Egoismus, Ellenbogenmentalität und Kriminalität.

Da scheint doch eine salomonische Lösung nahezuliegen: Man kombiniere die solidarische und die freiheitliche Ausrichtung, man lasse diesen Kompromiss in demokratischen Prozessen immer wieder neu justieren, man vermittele so das Gefühl der „Gerechtigkeit“ und schaffe so sozialen Zusammenhalt.

Aber ganz so einfach vollzieht sich politische Willensbildung nicht. Je nach politischer und ökonomischer Situation schiebt sich der eine oder der andere Gerechtigkeitsaspekt in den Vordergrund. Zudem brauchen und wünschen *bestimmte* Gruppierungen mehr Solidarität, Gleichheit und Sicherheit (z.B. die unteren Schichten), *andere* Gruppierungen aber benötigen und wollen mehr Freiheit, Chancen und Anerkennung ihrer Leistung. So entstehen harte soziale und politische Konflikte.

### **3. Aufstiegschancen: Auch dieser Kitt bröckelt.**

---

Derzeit wird viel diskutiert über die wachsende soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft und über den zunehmenden Bedarf an Solidarität, zum Beispiel zur Bekämpfung wachsender Armut, insbesondere von Kindern.

Davon möchte ich heute *nicht* sprechen. Nicht weil ich das Problem der Armut und der sozialen Ungleichheit gering schätze. Sie ist ohne Zweifel wichtig. Und ich habe den größten Teil meines wissenschaftlichen Lebens damit verbracht, hierüber zu for-

schen. Sondern weil ich sie auf einen bestimmten Aspekt der *Freiheit* aufmerksam machen möchte, der derzeit weit weniger im Blickfeld steht und der heute nicht nur nach meiner Meinung ähnlich wichtig ist. Und letzten Endes ist Solidarität ohne ihn gar nicht möglich.

Grundlage dieser folgenden Ausführungen ist ein großes, von Historikern, Ökonomen und Soziologen gemeinsam durchgeführtes, kürzlich fertig gestelltes Forschungsprojekt. (Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.): Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht, Frankfurt am Main: Societäts Verlag 2007)

Von der Nachkriegszeit der 1950er und 1960er Jahre wuchsen und gediehen in Deutschland die Dienstleistungsmittelschichten. Immer mehr Menschen arbeiteten als Angestellte oder Beamte und verdienten dort gutes Geld. Dadurch entstand ein Aufstiegszog. Zahlreiche Arbeiter und manche Bauern nutzen diesen Sog und verbesserten ihre Situation. Dies gelang selbst vielen, die nicht die eigentlich nötigen formalen Qualifikationen besaßen. Es wurden einfach Leute in der gesellschaftlichen Mitte gebraucht. In der Bevölkerung war die Meinung verbreitet, dass jeder, der tüchtig war, auch etwas werden könne. Und wenn nicht selbst, dann wenigstens die Kinder: „Meine Kinder sollen (und können) es einmal besser haben.“ Das war die vorherrschende Mentalität. Die Menschen, gerade die aus unteren Schichten, hatten verlockende Aufstiegsziele vor Augen. Und das waren in der Nachkriegszeit auch durchaus realistische Aussichten, durch eigene Bemühungen aufzusteigen. Die Gesellschaft galt als „gerecht“, denn sie bot dem Tüchtigen tatsächlich freie Bahn. Die Leute mussten nur auf die gesellschaftliche Mitte schauen. Sie bestand zum erheblichen Teil aus Aufsteigern, die sich schnell „bürgerlichen“ Mentalitäten anpasste. Die neue Mitte personifizierte geradezu eine chancengleiche, leistungsgerechte Gesellschaft. Das trug viel zum Zusammenhalt der Nachkriegsgesellschaft bei.

Das änderte sich in den 1970er und 1980er Jahren nur teilweise. Die Dienstleistungsmittelschichten der gehobenen Angestellten und Beamten wuchsen weiter. Auch ihre wirtschaftliche Situation entwickelte sich weiterhin positiv. Aber die Ansprüche stiegen. Ohne die entsprechende Ausbildung konnte in den 70er und 80er Jahren kein Zimmermann mehr, wie noch mein Vater, aufsteigen und als Bauingenieur arbeiten. Und es wurde damals schon deutlich, dass die Chancen, höhere Ausbildungsabschlüsse zu erlangen, stark von der sozialen Herkunft abhingen. Die gesellschaftliche Mitte stellte also nach wie vor ein verlockendes Aufstiegsziel dar. Und die Gesellschaft galt durchaus als leistungsgerecht. Wer etwas konnte, erhielt die entsprechende Belohnung. Das integrierte. Aber unsere Gesellschaft galt schon damals als immer weniger chancengleich. Das Können zu erwerben, war im Wesentlichen nur bestimmten Schichten vergönnt. Das delegitimierte und desintegrierte.

Seit den 1990er Jahren bis heute wächst die gesellschaftliche Mitte nachweislich nicht mehr. Diese Daten haben uns selbst überrascht. Ökonomisch, gemessen an den Nettoverdiensten, stagnieren die Dienstleistungsmittelschichten. Auch das ist neu. Der technologische Wandel und die Globalisierung sorgen zudem dafür, dass es strahlende Gewinner und verbitterte Verlierer in den Dienstleistungsmittelschichten gibt. Die Mentalitäten in den Mittelschichten werden sehr unterschiedlich. Ängste,

zuvor in den Mittelschichten völlig unbekannt, kriechen sozusagen die Bürotürme hoch. Die gesellschaftliche Mitte ist daher als Aufstiegsziel immer weniger attraktiv. Es sind auch die teils überlangen Arbeitszeiten und hoher Arbeitsdruck, die einen Aufstieg in die gesellschaftliche Mitte nur mehr bedingt attraktiv machen. Die gesellschaftliche Mitte verblasst nicht nur als „subjektives“ Aufstiegsziele. Auch die tatsächlichen „objektiven“ Aufstiege dorthin werden seltener. Die empirische Forschung zeigte zum Beispiel, dass Männer und Frauen, die 1940 geboren wurden, eine doppelt so große Chance hatten, in die gehobene Mitte der Führungskräfte und hochqualifizierten Spezialisten aufzusteigen als die 1971 Geborenen (Mayer / Aisenbrey 2007: 142). Insbesondere Frauen, Migranten und Kinder der deutschen Unterschicht sind in der gesellschaftlichen Mitte kaum vertreten.

So ist es kein Wunder, dass die Mitte heute kaum noch als Personifikation einer chancengleichen, leistungsgerechten Gesellschaft gilt. Die Dienstleistungsmittelschichten integrieren Gesellschaft und Politik immer weniger. War ein Arbeiter bei Opel vor 30 Jahren noch voller Hoffnung, dorthin aufsteigen zu können, so ist er heute schon voll zufrieden, eine Arbeitsplatzgarantie für vier Jahre zu erhalten.

Wenn auch *der* gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet, den Aufstiegschancen und Aufstiegsbestrebungen in die Mittelschichten einmal vermittelten, dann nagt das am Kern unserer Gesellschaft. Denn ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Bindeglied der Solidarität mit Schwachen und dem Bindeglied der Freiheit zum Aufstieg ist der: Solidarität setzt Güter voraus, die zuvor erarbeitet und erwirtschaftet wurden. Aufstiegsbestrebungen schaffen genau diese Güter. Wer sich abrackert, um Erfolg zu haben, bringt die Leistungen und Wirtschaftsergebnisse hervor, die verteilt und ggf. umverteilt werden können. So gesehen, hat das gesellschaftliche Bindeglied der *Freiheit*, (nämlich seine Chance zu erhalten, sie nutzen zu können, Aufstieg und Erfolg zu erleben, die entsprechende Belohnung zu erhalten) mit dem gesellschaftlichen Bindeglied der Solidarität viel zu tun. Das eine ist ohne das andere nicht möglich.

#### **4. Was ist zu tun?**

---

Was sollte also getan werden, um Deutschland wieder zu einer Aufstiegsgesellschaft zu machen? Ich will mich auf sechs Anmerkungen beschränken:

- 1.** Wir sollten mittels *Wissenschaftsförderung und Wirtschaftsförderung* darauf hinwirken, dass mehr Arbeitsplätze in der Dienstleistungsmittelschicht entstehen.
- 2.** Wir sollten dafür sorgen, dass die direkten und indirekten *Belastungen* der mittleren Schichten nicht weiter zu- sondern *abnehmen*. Was die Bruttoeinkommen betrifft, so prosperieren die mittleren Schichten ja weiter. Aber die Nettoeinkommen stagnieren. Außer Steuern, Sozialbeiträge, Solidaritätszuschlag sorgten in letzter Zeit auch „Kleinigkeiten“ wie Studiengebühren, die Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit von Arbeitszimmer, Fahrtkosten etc. dafür. Überlange Arbeitszei-

ten, teilweise Abstiegsrisiken, hoher Arbeitsdruck machen die Mittelschichten ohnehin als Aufstiegsziel weniger attraktiv. Da muss nicht noch die Abgabeflut dazu kommen.

3. Wir sollten eine Kultur stärken, in der *Statusunterschiede* in bestimmten Größenordnungen *bejaht* und nicht diffamiert werden. Sie motivieren, sie sind produktiv sind und – Mobilitätschancen voraus gesetzt – spalten die Gesellschaft keineswegs, sondern einen sie.
4. Wir sollten Bildungschancen Migranten und Unterschichtkinder deutlich verbessern. Dazu bedarf es keineswegs nur eines einheitlichen Schulsystems oder wenigstens eines viel durchlässigeren mehrgliedrigen. Wer die politische Debatte darauf fixiert und beschränkt, macht sich schuldig. Dazu bedarf es endlich einer Vorschule in Deutschland, spezifische Förderung von und Forderungen an Migranten. Dazu bedarf es wieder einer Wertschätzung für Bildung, und vieles andere mehr.
5. Wir sollten Veränderungen der „beruflichen Kultur“ in die Wege leiten und so Aufstiegswege bahnen. Es sollten in Zukunft durchaus unterschiedliche „Stallgerüche“ akzeptiert werden, die auch Frauen, Migranten und Aufsteigern aus der Unterschicht die Chance geben, einen Schreibtisch in den oberen Etagen der Bürotürme zu erlangen.
6. Und zuletzt eine ganz *altmodische* Anregung: Wenn wir wirklich wollen, das in Zukunft auch türkische Mädchen, Kinder aus deutschen Problemfamilien und junge Männer aus „russischen“ Aussiedlerfamilien in die Mittelschicht gelangen, dann sollten wir uns darum kümmern, dass bestimmte „bürgerliche“ Tugenden (Bildungshunger, Erfolgsstreben, aufgeschobene Bedürfnisbefriedigung „erst die Arbeit, dann das Spiel“, Fleiß etc.) Eingang in diese durchaus unterschiedlichen Milieus finden. Ich weiß, dass dazu didaktisch sehr unterschiedliche und steinige Wege begangen werden müssen, ich weiß auch, dass bestimmte Massenmedien diese Aufgabe nicht gerade erleichtern. Aber es ist der Mühe wert.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !